



Internetcafé Planet13

Klybeckstrasse 60, 4057 Basel
www.planet13.ch / info@planet13.ch
061/322 13 13



Nationale Konferenz gegen Armut
Workshop Nr. 9 Armutsbekämpfung aus der Sicht der
direkt Betroffenen.
Ansichten – Forderungen – Perspektiven

Sehr geehrte Anwesende

Wir stellen uns kurz vor:

Prof. em. Dr. Ueli Mäder, Soziologe Universität Basel, mit den Arbeitsschwerpunkten soziale Ungleichheit und Konfliktforschung.

Christoph Ditzler, Vorstandsmitglied der Liste13 gegen Armut und Ausgrenzung und der Projektleiter des Internetcafés Planet13.

Avji Sirmoglu, Vorstandsmitglied der Liste13 gegen Armut und Ausgrenzung, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit und das Kulturelle im Internetcafé Planet13.

Ablauf des Workshops

14.00	Uhr	Begrüssung
1. Teil		
14.10 – 14.30	Uhr	Input von Prof. em. Dr. Ueli Mäder
2. Teil		
14.45 – 14.55	Uhr	Kurze Darstellung des Ortes Internetcafé Planet13 und der Liste gegen Armut und Ausgrenzung
14.55 – 15.15	Uhr	Darstellung unserer Umfrage von Armutsbetroffenen und Armutsgefährdeten
15.15 – 15.30	Uhr	Fragen an Prof. em. Dr. Ueli Mäder und an Christoph Ditzler sowie an Avji Sirmoglu
15.30 – 16.00	Uhr	offene Gruppenarbeit mit den Anwesenden - Auswertung von Ansichten und Forderungen vor Ort - Auflistung von Perspektiven an den Flipcharts - Diskussion

Zur Armut in der Schweiz

(Notizen von Ueli Mäder, Soziologe, Armutskonferenz vom 7.9.2018)

Armut ist ein Mangel an sozialer Sicherheit. Sie lässt sich bewältigen. In der Schweiz sind genügend Mittel vorhanden. Es hapert allerdings mit dem politischen Wille. Davon zeugen diverse Parlamentsbeschlüsse. Sparen, lautet das Motto. Egal, was es kostet.

Im Frühjahr 2018 kürzte der Nationalrat bei den Ergänzungsleistungen (EL) den anrechenbaren Bedarf für Kinder. Und der Kanton Bern senkte den Grundbedarf bei der Sozialhilfe. Andere Kantone zogen und ziehen nach. Der Baselbieter Landrat stimmte am 26. April 2018 (mit 42 zu 41) einem Vorstoss zu, der die Regierung beauftragt, das Sozialhilfegesetz zu ändern. Der Grundbedarf soll um 30% gekürzt werden. In Baselland leben bereits offiziell Unterstützte unter dem Existenzminimum. Die erwogene Gesetzesänderung würde das Leiden vieler Menschen erhöhen. Der Regierungsrat Anton Lauber (CVP) erläuterte das Vorhaben kurz an der eidgenössischen SKOS-Versammlung vom 24. Mai 2018 in Liestal. Ein vorgezogenes nationales Gesetz ermächtigt ferner die Invaliden- (IV) und Unfallversicherung (SUVA) sowie die Ausgleichs- und Krankenkassen, ihre „Kunden“ zu bespitzeln und die Armen zu bekämpfen, statt die Armut.

Integration statt Ausschluss

Die Sozialhilfe übernimmt, was vorgelagerte Systeme der sozialen Sicherheit abwälzen. Weil die Arbeitslosenversicherung (ALV) die Bezugsdauer verkürzt, entstehen Mehrkosten bei der Sozialhilfe. Bei ihr verlängert sich nun in einigen Fällen die Bezugsdauer. Wer so spart, spart nicht.

Restriktive Revisionen der ALV und IV überfordern die Sozialhilfe. Bei der ALV beschleunigen engere Unterstützungszeiten für unter 25-Jährige die Aussteuerungen. Bei der IV wirken tiefere Neurenten und die forcierte Eingliederung eher desintegrativ. Hinzu kommen die reduzierten Vergünstigungen bei den Krankenkassen-Prämien. Sie erhöhen die Gesundheitskosten bei der Sozialhilfe. Übersteigerte Mietkosten belasten die Sozialhilfe ebenfalls, die private Gewinne subventioniert. Fast ein Drittel der Sozialhilfe fließt direkt in den Wohnungsmarkt.

Der Bundesrat erwähnt in seinem letzten Bericht zu den Kosten der Sozialhilfe häufige Scheidungen. Sie erhöhen die Zahl der Alleinlebenden und -erziehenden. Zudem die Mietkosten bei der Sozialhilfe. Vor allem auch für Kinder. Der Bundesrat erwähnt ebenfalls, wie die Sozialhilfe niedrige Einkommen kompensiert. Ein Drittel der Sozialhilfe-Abhängigen sind erwerbstätige Arme. Die Sozialhilfe stabilisiert damit unfreiwillig (zu) tiefe Löhne. Was Schwächen ausgleichen sollte, verfestigt sie. Neue technologische Anforderungen erschweren ferner den (Wieder-)Einstieg in die Erwerbsarbeit. Hilfreich sind gute Ausbildungen und Beratungen. Sie verbessern die Chancen der Integration, sofern der Arbeitsmarkt mitspielt. 5'500 Franken benötigte eine Friseurin, um sich zur Visagistin umzuschulen. Sie verdient nun mehr und benötigt keine weitere Sozialhilfe.

Als wir 1991 die Basler Armutsstudie vorlegten, schuf die Sozialhilfe ihre Detektive ab. Mit mehr Beratung liess sich die Unterstützungsdauer verkürzen. Gleichwohl sind heute wieder (Sozial-)Detektive auf Spurensuche. Sie sollen die populistisch aufgebrachte Volksseele beruhigen. Das intensivierte Spionieren schürt jedoch weitere Ressentiments. Kürzungen sozialer Leistungen und entmündigende Kontrollen von Versicherten sind kontraproduktiv. Sie unterlaufen die soziale Integrität und Zugehörigkeit. Soziale Leistungen unterstützen Menschen, die darauf angewiesen sind. Sie tun dies gezielt und wirkungsvoll. Wichtig sind daher genügend Mittel. Auch für eine Beratung, die die Integration fördert. Erfreulich ist das Referendum, das zivil Couragierte gegen das entmündigende Überwachen ergriffen haben.

Arbeit, Geld und Sinn

Die Erwerbsarbeit ist wichtig. Sie schützt jedoch nur beschränkt vor Armut. Viele erwerbstätige Arme sind trotz Lohnarbeit auf Unterstützung angewiesen. Hinzu kommt die Rationalisierung der Produktion. Sie ist für viele ältere „Arbeitnehmende“ besonders schwierig. Um ihre Armutsgefährdung zu vermindern, ist die Lohnarbeit besser zu verteilen und teilweise vom Einkommen zu entkoppeln, das existenzsichernd sein muss. Zum Beispiel über ausgeweitete Ergänzungsleistungen (EL). So liesse sich materielle Armut vermeiden. Gängige Armutsdebatten konzentrieren sich auf die Erwerbsarbeit und das System sozialer Sicherung. Die finanzgetriebene (Wirtschafts-)Politik bringt allerdings beide Bereiche in Zugzwang. Sie optimiert privatisierte (Unternehmens-)Gewinne und ökonomisiert zentrale Lebensbereiche. Dabei zeigt sich, wie bedeutend das Geld ist, das jedoch allein kaum selig macht. Weiter führt die Frage, was wirklich wichtig und sinnvoll ist.

Geld ermöglicht Konsum und soziale Teilhabe. Geld übernimmt teilweise die integrative Funktion der Erwerbsarbeit. Geld bringt, wie die Lohnarbeit, soziale Sicherheit und Anerkennung. Gleichwohl ist eine existenzsichernde Erwerbsarbeit für möglichst alle anzustreben. Aber wie? Über irgendwelche unökologische Ramschproduktion? Nein, das bestandene Recht auf Arbeit ist zu erweitern. Und zwar im Sinne eines Rechts auf sinnvolle Tätigkeit, das die Arbeit sozial und umweltgerecht konzipiert, die Mitbestimmung weiter demokratisiert und die unteren Einkommen anhebt.

Zudem gilt es, die enge Bindung des Einkommens an die Erwerbsarbeit zu lockern, zumal diese nie allen zugänglich ist. Ausgeweitete EL könnten als garantiertes Mindesteinkommen (GME) in allen Lebenslagen eine Überbrückung ermöglichen. Menschen, die in eine Krise geraten oder altershalber weniger gefragt sind, erhielten unbürokratische Hilfe. Zudem würden sie, dank allgemeinem Rechtsanspruch, weniger stigmatisiert. Das GME könnte persönliche Entscheidungsmöglichkeiten erweitern und den Anpassungsdruck mindern. Sozial Benachteiligte und Bedrängte würden sich so weniger konkurrieren und mehr miteinander solidarisieren. Die Rückendeckung könnte ferner dazu beitragen, eigene Fertigkeiten gezielt einzusetzen und weiter zu entwickeln.

Das GME vermindert einseitige Abhängigkeiten und psychosomatische Erkrankungen. Wer Freiräume hat, leidet weniger. Es würde die Sozialhilfe von der Sachhilfe entlasten und aufwändige Abklärungen über berechtigte Ansprüche ersetzen. Auch Menschen über 50 könnten so den Arbeitsmarkt selbstbestimmter nutzen und sich intensiver weiter bilden. Sie liessen sich zudem weniger vereinnahmen. Die forcierte Integration in die Erwerbsarbeit führt öfters dazu, prekäre Jobs anzunehmen und mittelfristig den Ausschluss zu fördern.

Arbeit und Geld bleiben gewiss wichtig. Die Erwerbsarbeit ist aber besser zu verteilen, existenzsichernd zu entlohnen und teilweise vom Einkommen zu entkoppeln. Das hilft, einseitig verteiltes Glück auszugleichen, das oft den Ausschlag dafür gibt, ob jemand schon von der sozialen Herkunft her mehr oder weniger armutsgefährdet ist. Um die Massnahmen zu realisieren, ist eine politische Haltung nötig, die sich am sozialen Ausgleich und am menschlichen Wohl aller orientiert. Dazu gehört auch die Frage, was wirklich wichtig ist, um ein gutes Leben führen zu können.

Wenn eine Gesellschaft die Erwerbsarbeit überhöht, sind ihre Mitglieder umso mehr darauf angewiesen, ein beliebiges Rädchen in einem Triebwerk zu sein, das immer schneller dreht. Sie erhalten so vordergründig mehr Anerkennung. Wer das nicht schafft, erscheint bald als überflüssig. Das gilt besonders für jene, die eh schon zum „alten Eisen“ gehören und gefälligst als „Konjunkturpuffer“ dienen sollen, bevor sie ganz aufs „Abstellgeleise“ geraten. Gewiss hilft in solchen Lebenslagen das Geld in Form von EL, deren Mehrwert wohl die Kosten übersteigen. Die EL verhindern vor allem materielle Armut, nicht aber das ökonomisierte Denken unserer finanzgetriebenen Gesellschaft, die viele Fähigkeiten beeinträchtigt oder sogar verkümmern lässt. Wenn wir Armut bewältigen und ein lebendiges Miteinander wollen, müssen wir über den Zugang zu Arbeit und Geld hinaus das Verständnis dafür fördern, dass alle Menschen zu respektieren und existenzsichernd zu unterstützen sind. Und zwar einfach deshalb, weil sie Menschen sind, nicht weil die Renten rentieren.

Ueli Mäder ist emeritierter Professor an der Universität Basel und der Hochschule für Soziale Arbeit.

Was Prof. Dr. Ueli Mäder darstellte möchten wir hiermit „praxisnahe“ bestätigen.
Aus der konkreten Sicht der Direktbetroffenen.

Zuvor wollen wir die Vereine, die zwei Gefässe, von armutsbetroffenen Menschen,
wo wir tätig sind, kurz vorstellen:

Liste13 gegen Armut und Ausgrenzung

Diese entstand 2004. Es war der Wunsch gegeben, eine sozial-politische Plattform zu haben und der Armut ein Gesicht zu geben, denn die Armutsbetroffenen haben keine Lobby. Zwei Mal benachteiligten sich Betroffene an den Basler Grossratswahlen. Immer wieder konnten jährliche Armutstribunale organisiert werden. Mit Podien und Diskussionen. Die Liste13 hat ihre Postadresse und ihren Bürositz beim Internetcafé Planet13.

www.liste13.ch

Internetcafé Planet13

Das Lokal an der Klybeckstrasse 60 im Kleinbasel, ist seit 2007 der Ort des Internetcafés Planet13.

Es bietet kostenlose Dienstleistungen an für Menschen in Not. Das Internetcafé wird betrieben von Menschen, die selber armutsbetroffen oder armutsgefährdet sind. Von Betroffenen für andere Betroffene. Das gesamte Team arbeitet ehrenamtlich. Es steht aber allen Interessierten zur Verfügung.

Die Gründung des Internetcafés Planet13, oder wie alles begann

- Vor 14 Jahren, 2004, kamen zu einer „armutskonferenz von unten“ Armutsbetroffene und Ausgegrenzte zusammen. Schnell wurde es damals ersichtlich, dass die Armutsbetroffenen für die Politik kein Thema waren. Die Armut ist zwar vorhanden, doch die Betroffenen haben keine Lobby. Das Leben ist für sie ein stressiges Überleben.
- Eine erwerbslose Frau war damals anwesend an der Konferenz und fragte, ob es keine Möglichkeit gäbe, einen günstigen Computer für sie zu organisieren. Sie war bereits mit der Internetwelt vertraut. Nach Stellenverlust und Verbrauch ihres kleinen Vermögens hatte sie keine Ressourcen mehr und es war auch noch keine neue Stelle in Sicht und ihr Computer war defekt. Nicht reparierbar. Es handelte sich um ein altes Modell.

- Christoph Ditzler, welcher schon immer technisches Interesse hatte und ein Kollege von ihm bastelten der Frau an zwei Tagen einen Computer zusammen. Dieser bestand aus diversen Teilen von alten PCs. Dieses Gerät lief dann über fünf Jahre lang noch einwandfrei!



- Während der Bastelei für einen neuen Computer gab es Gespräche zwischen Christoph und seinem Kollegen. Die Idee kam auf, ein Internetcafé zu gestalten, welches allen Menschen kostenlos Internetzugang anbietet. Vor allem natürlich den Armutsbetroffenen.

Seit 2004 im Prozess!

- Das konkrete Lokal Internetcafé Planet13 besteht seit 2007 an der Klybeckstrasse 60 in Basel. Das ist eine stark frequentierte Strasse im Kleinbasel. Gegenüber des Internetcafés ist das Gebäude der Sozialhilfe Basel.
- Viele Erwerbslose, Armutsbetroffene, Ausgegrenzte, Migrant*innen (darunter auch viele Geflüchtete) suchen das Internetcafé Planet13 auf und nehmen seine Dienstleistungen wahr. Alle sind kostenlos.
- Das Team besteht aus Menschen, die selber von Armut, Stellenlosigkeit oder Ausgrenzung betroffen sind.
- Wir begrüßen jeden Monat 2'500 Gäste.

Das Team!

- Es besteht aus Menschen, die stellenlos , unter anderem auch Langzeit-Stellenlose sind und Sozialhilfe erhalten, oder IV-Rentner*innen, oder Pensionierte, welche Altersarmut erfahren, oder in Ausbildung Stehende, Asylsuchende, „working poor“, in Teilzeit-Arbeitsverhältnissen Seiende. Alleinerziehende, Obdachlose....kurz gesagt: Es sind alles Menschen, die Armut erfahren oder armutsgefährdet sind. Wie bereits erwähnt arbeitet das gesamte Planet13-Team ehrenamtlich. Es ist ein Solidaritätsbetrieb. Die Teammitglieder stammen aus der Schweiz, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Kamerun, Kongo, Somalia und der Türkei.

- **Das Team trifft sich jeden Montag-Vormittag und plant die kommende Woche. Wer wann arbeitet z.B., was ansteht, was letzte Woche war usw.**
- **Das Team stimmt nicht ab, sondern sucht den Konsens. Oftmals wird etwas immer wieder thematisiert, damit eine gemeinsame Lösung gefunden werden kann.**

Die juristische Form des Internetcafés Planet13!

- Speziell am Verein Planet13 ist seine juristische Form: Seine Statuten sind entsprechend gehalten. Sie ermöglichen dem Team, die Form der Selbstverwaltung. Alle Angelegenheiten werden durch das konkrete aktive Team erledigt.
- Unser Vorstand ist wie ein Rat - beratend zur Seite - stehend. Die oberste Entscheidungsinstanz ist das aktiv arbeitende Team.
- Siehe Statuten auf der Planet13-Webseite:
<https://planet13.ch/ueber-uns/das-projekt/>

- In einem reichen Land, wie die Schweiz Armut zu thematisieren, ist sehr schwer. Vorurteile gegenüber den Armutsbetroffenen sind sofort aktiv. Leider ist auch oftmals die Medienlandschaft so geprägt.
- Perspektiven für die Jugend, generell für alle Bildungszugang, Arbeitsstellen für alle, Weiterbildungsmöglichkeiten zu ermöglichen und zu erhalten; das sind sehr wichtige Themen für das Team des Internetcafés Planet13 und für seine Gäste. Im Weiteren auch sozial-politische Anliegen zu besprechen und zu fordern.

Arbeiten im Planet13!

- **Bedeutet die Gäste unterstützen, welche in Notlagen stecken. Beim Schreiben von Motivationsbriefen, Lebensläufen, weiteren Briefen, beim Ausfüllen von Formularen, beim Scannen, bei der Suche nach Jobs (online) und Wohnungen (ebenfalls online). Beim Eröffnen von E-Mail-Adressen.... Fragen zu beantworten, Menschen zu beruhigen. Tipps zu geben, wohin man sich wenden kann etc. etc.**
- **Manchmal begleiten wir auch Personen zu einem Amt hin.**

- Wenn man im Planet13 arbeiten will, so ist man ein Mensch, welchem multikulturell zusagt, denn unsere Gäste stammen aus vielen Ländern dieser Welt. Viele darunter sind Asylsuchende bzw. Geflüchtete.
- Man könnte sagen, dass manchmal ein babylonischer Sprachwirrwarr entsteht, aber eine Verständigungslösung wird immer gefunden.

Unsere kostenlosen Dienstleistungen!

- Internetzugang
- Drucken und Scannen
- Bildbearbeitung
- Webseite entwickeln auf Anfrage hin
- Unterstützung beim Suchen von Arbeitsstellen im Internet und von Wohnungen
- Helfen beim Schreiben von Bewerbungen, Lebensläufen und Briefen
- Deutschkurse für Fremdsprachige
- EDV-Kurse
- Reparaturwerkstätte für Laptops und PCs samstags
- Filmabende – jeden Freitagabend
- Ausstellungen aus der Serie: Cosmos der Kulturen!
- uni von unten – unser Bildungsangebot – jeden Montagabend
- Tipps, wohin man sich wenden kann
- Frauentag mittwochs
- juristische kostenlose Beratung im Sozialhilferecht samstags

Insgesamt wurden für diesen Workshop 24 Personen befragt. Nur 16 der Interviews bzw. der Befragungen konnten schlussendlich verwertet werden, da der Rest sich doch schlussendlich zu themenfern erwies.

Die 16 ausgewerteten Befragungen sind von:

11 Frauen und 5 Männer

Die Befragungen konnten in der Zeitphase von Mitte Juni bis Mitte August 2018 ausgeführt werden.

Sehr daran interessiert waren die Frauen, welche in Situationen sich befinden, die Armutsbetroffenheit oder Armutsgefährdung vorweisen.

Die Männer waren eher still. Nicht gerade verschlossen, aber weniger offen. Sie wollten unbedingt entweder eine Arbeitsstelle finden und weniger von ihren Lebenssituationen erzählen.

11 Frauen im Alter von 20 bis 75 wurden befragt.

Die Herkunftsländer sind: Äthiopien, Bosnien, Brasilien, Deutschland, Eritrea, Frankreich, Irland, Kamerun und die Schweiz.

- Drei Frauen sind Schweizerinnen. Zwei davon eingebürgert.
- Zwei Frauen haben die Niederlassung C.
- Fünf Frauen haben die Bewilligung B.
- Eine hat die Bewilligung G.

Berufe:

- 1 Sportlehrerin (arbeitet zur Zeit im Beruf)
- 1 zahnmed. Angestellte (arbeitet als Hilfssigristin), sucht Stelle als Betreuerin von Kindern und Jugendlichen, wie z.B. Tagesstruktur Primarschule, Heim etc.
- 2 Pflegehelferinnen SRK (arbeiten im Beruf Teilzeit), eine wünscht eine Vollzeitstelle, die andere das auch sowie eine unbefristete Anstellung
- 1 Kunstschaaffende und Pädagogin Kindergarten (arbeitet als Kunstschaaffende)
- 1 Informatikerin (arbeitet im Beruf), hat ein befristetes Verhältnis, sucht eine unbefristete Anstellung als Informatikerin, fair entlohnt und mit Einhaltung der Rahmenbedingung in Bezug auf Arbeitsrecht wie Überstundenentgeltung etc.
- 2 sind Hausfrauen und Mütter, suchen eine unbefristete Anstellung als Reinigerinnen, Teilzeit
- 1 Kinderbetreuerin, Reinigerin (arbeitet in beiden Berufen zur Zeit Teilzeit), will ein Pensum oder beide Pensen, je nach Angebot, gerne aufstocken
- 1 Lehrtochter Gärtnerin (ist in der Ausbildung)
- 1 Sprachlehrerin (arbeitet Teilzeit als Sprachlehrerin), gibt Kurse, will ein höheres Pensum erlangen, gerne bis Vollzeit

5 Männer im Alter von 29 bis 63 wurden befragt.

Die Herkunftsländer sind:

Eritrea, Somalia und die Schweiz.

- 1 Andragoge (ist stellenlos und ausgesteuert), leistet Freiwilligenarbeit zur Zeit in seinem Berufsbereich
- 1 Marktfahrer und Pflegehelfer (früh pensioniert)
- 1 Reiniger (arbeitet als Reiniger zur Zeit, hat ein befristetes Arbeitsverhältnis), sucht eine Anstellung unbefristet und Vollzeit
- 1 IV-Rentner (hat ein unbefristetes Arbeitsverhältnis im EDV-Bereich)
- 1 Informatiker (arbeitet im Beruf) ist selbstständig Erwerbender

Die drei Fragen, die gestellt wurden waren:

1. Ansichten über die Armut in der Schweiz!
2. Forderungen, damit die Armut beseitigt wird!
3. Welche Perspektiven sollten zugänglich sein?

Zu 1. - Ansichten über die Armut in der Schweiz. Aussagen der Männer!

- Armut breitet sich immer mehr aus! (kam immer wieder im Gespräch)
- Armut wird von vielen nicht wahrgenommen oder verdrängt!
- Armut steigt an bei working poor, und es gibt mehr Altersarmut
- Armut dürfte es in der Schweiz nicht geben! (wurde sehr viele Male ausgesprochen)
- Es muss umverteilt werden von Oben nach Unten (eben so)
- die Armutsverwaltung ist sehr kostspielig (Programme, Coaching etc.)
- Armut bedeutet Ausgrenzung, Isolierung, Gesundheitsschwächung, mitunter auch Suchtverhalten, das dann entstehen kann
- Armut bedeutet keine Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben (das wurde auch vielfach gesagt)
- Die Scham ist gross, man spricht nicht gerne über die eigene Armut (wurde immer wieder, wenn auch manchmal etwas verhalten ausgesagt oder dazu gedacht)
- Armut entsteht durch schlechte Entlohnung (prekäre Arbeitsstellen, working poor – kam oftmals vor)
- Armut ist ein Problem – ein Dauerthema
- Armut und Wohnen – keine Wohnung für alle, die bezahlbar sind (oftmals ausgesprochen)
- Relationen Armut und Schweiz – Warum gibt es Armut in der Schweiz? In so einem wohlhabenden Land? (Diese Aussage machen Geflüchtete oftmals, weil sie das alles absolut nicht verstehen können.)
- Immobiliengesellschaften bieten Pensionskassen Sicherheiten mit Renditen an, das treibt die Mietzinse in die Höhe (hier war mehr ein politisches Bewusstsein vorhanden)

Zu 1. - Ansichten über die Armut in der Schweiz. Aussagen der Frauen!

- Armut ist in der Schweiz ein Tabuthema. (Das wurde oftmals wiederholt.)
- Armut ist aber in der Schweiz eine Realität. (Ebenso.)
- Armut ist in der Schweiz versteckt. (Auch oftmals ausgesprochen.)
- Frauen sind vor allem in der Schweiz von Armut betroffen (Scheidung, Alleinerziehung, Alter, Migrantinnen) - (Das wurde oftmals wiederholt.)
- Armut ist eine grosse Ungerechtigkeit (Das wurde oftmals wiederholt.)
- Armut wäre nicht nötig! (Das wurde oftmals wiederholt.)
- Die Ressourcen für ein menschenwürdiges Leben für alle in der Schweiz sind vorhanden. Die Schweiz ist reich. (Das wurde oftmals wiederholt.)
- Die Reichen wollen die Armut nicht sehen. (Mehrere Male wurde es wiederholt.)
- Die Schweiz sollte ein Vorbild werden in Bezug auf Verteilung/Umverteilung des Reichtums.
- Die Wohnungsnot ist gross. (Das wurde oftmals wiederholt.)
- Unübersichtliche Büroapparate überall. Zu wenig Informationen, was die Rechte und Pflichten betrifft. (Diesbezüglich war die Verzweiflung gross. Vor allem bei den Migrant*innen.)
- Armut trifft ältere Menschen hart. Es kann Verwahrlosung entstehen. Gebrechlichkeit und Altersarmut dazu; das ist ganz arg. (Auch hier waren vor allem Migrant*innen darüber sehr entsetzt.)
- Die Menschen in Not benötigen Hilfe. (Das wurde oftmals wiederholt.)
- Warum gibt es arme Leute in der Schweiz? Warum denn überhaupt? (Diese Aussage machen Geflüchtete oftmals, weil sie das alles absolut nicht verstehen können.)
- Beobachtung von Obdachlosigkeit (Das wurde oftmals wiederholt.)
- Sozialhilfe ist das absolute Minimum. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kann es da nicht geben.
- Das System ist wie festgefahren. Es bewegt sich nicht viel. Wie soll denn so Armut beseitigt werden können.

Zu 2. - Forderungen, damit die Armut beseitigt wird!. Aussagen der Männer und Frauen!

Hier wurden die Antworten zusammengekommen, da sich die Aussagen oftmals wiederholen.

- eine andere Verteilung der Gelder, von Oben nach Unten ist notwendig (wurde oftmals gesagt)
- keine wahnwitzigen Boni mehr auszahlen, die müssten verboten werden
- Krankenkassenprämien sollte gesenkt und nicht mehr erhöht werden (wurde oftmals gesagt)
- Sozialhilfe darf nicht mehr abgebaut werden (wurde oftmals gesagt)
- eine gute Existenzsicherung für alle oder ein gutes Grundeinkommen (wurde viele Male gesagt)
- Weiterbildungsmöglichkeiten für alle (wurde oftmals gesagt)
- Umschulungsmöglichkeiten (wurde oftmals gesagt)
- besserer Bildungs- und Ausbildungszugang für alle (wurde oftmals gesagt)
- gute korrekte Löhne, keine prekären, keine working poor (wurde von den Berufstätigen immer wieder gesagt)
- Einhaltung und Erfüllung von Mindestlohnforderungen
- Wohnförderung für alle, erschwingliche Mietwohnungen für alle (wurde oftmals gesagt)
- ärztliche Versorgung, Zugang zum Gesundheitswesen für alle (wurde oftmals gesagt)
- kein Zweiklassensystem im Gesundheitswesen (wurde oftmals gesagt)
- gesunde Ernährung für alle
- Lohngleichheit – Frauen und Männer (wurde oftmals gesagt)
- mehr Lohnstellen bzw. mehr Jobangebote für alle (wurde oftmals gesagt)
- andere Preisbildung, günstigere Lebensmittel (wurde oftmals gesagt)
- kostenlose Rechtsberatung (wurde oftmals gesagt)
- mehr Schutz für Frauen (wurde von den Frauen betont, die Einblicke in Frauenwohngruppen und Frauenhäusern erhalten hatten)
- die Menschen in Not müssen aufgefangen werden
- mehr Unterstützung der Migrant*innen bei der Integration (wurde oftmals gesagt)
- solche krasse Zustände von extrem Reichen und Armen darf es nicht mehr geben (wurde oftmals gesagt)

Die Gebiete von: Wohnförderung, ärztliche Versorgung und Bildung müssen dem Investorenmarkt entzogen werden!

Zu 3. - Welche Perspektiven sollten zugänglich sein? Aussagen der Männer und **Frauen!**
Die Antworten wurden auch hier zusammengefasst, da sie sich im Inhalt wiederholen.

- Die Betroffenen müssen viel mehr Mitspracherecht auf allen Ebenen erhalten.
- Orte und Projekte von Betroffenen fördern
- Bessere Chancen für alleinerziehende Mütter, damit sie eine Ausbildung abschliessen können
- die EL muss angehoben werden – ansonsten wird Altersarmut gefördert
- die Schweiz soll sich an keinem Kriegsgeschehen beteiligen
- unbedingt mehr Bildungszugang nun fördern und informieren, vor allem für Migrant*innen
- gesetzliche Verbindlichkeit für Wohnförderung für alle, Bildung und Gesundheit - nicht auf der Ebene Empfehlungen
- Existenzsicherung für alle – ist ein Grundrecht
- den öffentlichen Service mehr fördern und günstig halten, damit diesen alle benutzen können
- generell für alle = Bildungszugang sichern
- berufliche Perspektiven fördern
- das soziale System der Schweiz soll ausgeglichener werden – die von Unten müssen zu viel bezahlen und die von Oben, die Reichen zu wenig, so geht das nicht weiter.
- es soll keine Selektion von guten und schlechten Schüler*innen mehr geben, was manchmal schon im Kindergarten beginnt. Gemischte Klassen mit unterschiedlichen Auffassungsgaben sind viel besser.
- das staatliche Schulsystem soll stets verbessert und gestärkt werden
- das Steuersystem soll neu gestaltet werden; höhere Steuern für die Reichen

Vermögensbesteuerung und Erbschaftssteuer

- die Schweiz muss weltweit Verantwortung übernehmen für ihre Geschäfte – im Sinne der aktuellen Konzerninitiative
- Abbau des unübersichtlichen Büro- und Verwaltungsapparates
- die Schweiz muss eine andere Preisbildung verwirklichen, die Lebensmittel und die übrigen Waren sind zu teuer
- die Demokratie muss geschützt und noch mehr ausgebaut werden
- die Schweiz könnte Vorbild werden; eine andere Schweiz ist möglich – eine solidarische
- mehr Ausgleich soll die Schweiz schaffen zwischen Superreich im Land und zwischen Armutsbetroffenheit; solche enorme Unterschiede darf es nicht geben
- Arbeit für alle
- eine Schweiz ohne Armut; das wäre richtig
- Einhaltung und Würdigung der Menschenrechte muss die Schweiz garantieren

Frauen hatten oftmals ein starkes politisches Bewusstsein.

Auch verlangten sie mehrmals den Schutz der Frauen, der Kinder, forderten Lohnleichheit und den Schutz der älteren Menschen (keine Altersarmut).

Migrant*innen möchten mehr alles hinterfragen und verstehen, warum denn es in der Schweiz überhaupt Armut gibt.

Bei fast alle Befragten stellte sich heraus, dass der Zugang zu Bildung, Schulung, Weiterbildung und Umschulung sehr stark erwünscht wird. Für alle und für alle erschwinglich oder teilweise kostenlos.

Dann spielt natürlich das Gesundheitswesen eine grosse Rolle. Allen soll Zugang gewährleistet, und es soll kein Zweiklassensystem gefördert werden.

Gesunde Ernährung für alle. Erschwingliche Preise. Eine andere Preisbildung.

Lohnstellen für alle, fair entlohnt, Erfüllung der Mindestlöhne, keine prekären Stellen.

Erschwingliche Mietwohnungen für alle.

Immer wieder brachten die Migrant*innen ein, dass die Demokratie geschützt werden muss, dass sie noch mehr ausgebaut werden soll. Eine Demokratie meinten sie schützt vor noch mehr Armut und Schutzlosigkeit.

Die Einhaltung der Menschenrechte und Menschenwürde war allen wichtig.

Ein garantiertes Mitsprache- und Gestaltungsrecht bei allen Belangen, wo Armutsbetroffene tangiert werden wurde immer wieder ausgesprochen und gefordert.

Aussagen von Direktbetroffenen, Schweizer*innen und Ausländer*innen:

- Eine Schweiz ohne Armut, warum ist das nicht möglich? Ich kam als Geflüchteter und nun verstehe ich das alles nicht.
- Was kann ich für Perspektiven haben? Ich floh hierher und wenn man erlebt hat, was ich erlebte, dann sind alle Hoffnungen erloschen. Vielleicht, dass meine Familie gesund bleiben mögen, dass meine Kinder eines Tages etwas Glück erfahren können.
- Warum geht alles so langsam vorwärts in der Armutsbekämpfung?
- Warum ist das so?
- Warum ist in der Schweiz alles so teuer?
- Wie sollen wir alle leben, wenn das so weitergeht?



**Vielen Dank für Ihr Interesse,
für Ihr Engagement
und
Ihre Aufmerksamkeit!**